

Datenschutz bei Verbänden, Vereinen und Parteien

Auszug aus dem 2. Tätigkeitsbericht 2006 der Regierung von Mittelfranken – Bayerische Datenschutzaufsichtsbehörde für den nicht-öffentlichen Bereich

In dem auch im Internet unter www.regierung.mittelfranken.bayern.de einzusehenden 2. Tätigkeitsbericht ist vor allem die nachfolgend wiedergegebene Passage für Vereine von Interesse.

13.1 Nutzung von Mitgliederdaten eines Vereins für politische Wahlwerbung

Wir werden immer wieder mit der Frage der Verwendung von Mitgliederdaten z. B. eines Sportvereins für die Wahlwerbung politischer Parteien im Zusammenhang mit Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen konfrontiert. Sowohl eine Versendung der Wahlwerbung durch den Verein im Rahmen einer sog. Adressmittlung als auch eine Übermittlung der Mitgliederdaten an eine Partei zu diesem Zweck ist in aller Regel unzulässig.

Diese Verwendungen dienen in der Regel nicht den in der Satzung festgelegten Zielen des Vereins und damit auch nicht dem vertragsähnlichen Vertrauensverhältnis zwischen den Mitgliedern und dem Verein (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BDSG). Auch die Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BDSG liegen nicht vor. Fraglich ist schon, ob ein Verein ein berechtigtes Interesse an diesen Datenverwendungen haben kann. In jedem Fall ist aber ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse der Mitglieder am Ausschluss der Nutzung oder der Übermittlung zu Zwecken der Wahlwerbung anzuerkennen. Die Mitglieder vertrauen regelmäßig darauf, dass der Verein ihre Daten nicht für politische Zwecke an Dritte übermittelt bzw. selbst zu diesem Zweck nutzt.

Schließlich lässt auch das sog. Listenprivileg des § 28 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BDSG eine Übermittlung oder Nutzung zu dem genannten Zweck nicht zu. Die schutzwürdigen Interessen der Vereinsmitglieder stehen hier in gleicher Weise entgegen.

13.4 Mitgliederdaten in der Festschrift eines Vereins

Ein Verein wollte in seiner Festschrift anlässlich des 125jährigen Gründungsjubiläums eine Mitgliederliste veröffentlichen. Die Liste sollte Name, Vorname und Status (aktives, passives oder förderndes Mitglied) enthalten.

Auf eine entsprechende Anfrage beurteilten wir die datenschutzrechtliche Zulässigkeit dieser Veröffentlichung wie folgt:

Soweit keine ausdrückliche Einwilligung der einzelnen Mitglieder vorliegt, ist die Veröffentlichung der Mitgliederliste in der Festschrift auch dann zulässig, wenn der Verein ein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse der Mitglieder an einem Ausschluss der Veröffentlichung überwiegt (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BDSG).

Das berechtigte Interesse des Vereins, die aufgezählten Daten seiner Mitglieder (Name, Vorname und Status) in einer Jubiläumsfestschrift zu veröffentlichen, kann grundsätzlich anerkannt werden. Es sollte durch einen Beschluss des zuständigen Gremiums festgestellt werden, in dem auch der Verbreitungsumfang der Festschrift angesprochen ist.

Im Allgemeinen ist nicht anzunehmen, dass überwiegende schutzwürdige Interessen der Mitglieder einer Veröffentlichung dieser Daten entgegenstehen. Um sicher zu gehen, sollte der o. g. Beschluss den Mitgliedern durch ein Schreiben oder einen auffälligen Hinweis in der Vereinszeitschrift bekannt gegeben und ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, innerhalb einer angemessenen Frist der Veröffentlichung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen. Bei Mitgliedern, die rechtzeitig Widerspruch erheben, ist von einem entgegenstehenden schutzwürdigen Interesse im Sinne des § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BDSG auszugehen. Sie dürfen deshalb nicht in die Festschrift aufgenommen werden.

Ein anderer Verein wollte in seiner Festschrift zusätzlich auch das Geburtsdatum der Mitglieder abdrucken. In diesem Fall kann ein berechtigtes Interesse des Vereins an der Veröffentlichung des Geburtsdatums nur in geringem Maße anerkannt werden. Demgegenüber überwiegen die schutzwürdigen Interessen zahlreicher Mitglieder daran, dass das Geburtsdatum nicht veröffentlicht wird. Die Erfahrung zeigt, dass nicht wenige Menschen aus den verschiedensten Gründen mit der Veröffentlichung ihres Geburtsdatums Schwierigkeiten haben. Für eine Veröffentlichung des Geburtsdatums in einer Festschrift wäre deshalb eine dem § 4a BDSG entsprechende ausdrückliche Einwilligung der Betroffenen erforderlich.